

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung auf dem Chines. Postamt.

5. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 7. Oktober 1934.

Nummer 1233

Schwere Unruhen in Spanien

Dutzende gefallen — Hunderte verwundet — Katalonien selbständig — die Regierung greift durch

Madrid, den 5. Oktober (Transocean A.). In der Verwirrung, die durch die Berichte über revolutionäre Unruhen aus allen Teilen des Landes entstanden ist, schlägt die Nachricht, dass Katalonien aus dem Staatsbau Spaniens herausgebrochen ist und sich selbständig erklärt hat, hier am Freitag nachmittag wie eine Bombe ein.

Aus Barcelona wird gemeldet, dass die katalonische Generalität — die Vertretung und das gesetzgebende Organ der Katalonischen Republik — am Freitag mittag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten ist und den Austritt Kataloniens aus der Bundesrepublik Spanien erklärt hat.

In ganz Katalonien ist der Generalstreik ausgerufen worden, und die Wirtschaft der gesamten Provinz ist vollkommen lahmgelegt. Durch die Strassen Barcelonas marschieren grosse Menschenmengen und rufen „Lang lebe die freie Katalonische Republik“.

Die politische Spannung in Spanien ist durch die verhängnisvolle Entscheidung, welche möglicher Weise zum Bürgerkrieg führen wird, weiter verschärft worden.

Schwere Kämpfe zwischen Polizei und Marxisten

Madrid, den 5. Oktober (Transocean A.). Spanien befindet sich seit der Ausrufung der Republik in einem Zustand allgemeinen Aufruhrs. Es ist bisher noch nie zur Ruhe gekommen, und der heute ausgetretene Generalstreik entwickelt sich schnell zu einer regelrechten Revolution. Dutzende von Leuten sind gefallen und hunderte in dem Kampf zwischen der Polizei und Linksextremisten verwundet. Die Linksextremisten sind mit Gewehren, Maschinengewehren und Bomben bewaffnet. Ihren Demonstrationen tragen sie die rote Flagge der Revolution voran.

In Madrid und der nördlichen Provinz Asturien, wo bereits schwere Kämpfe stattfinden ist der Kriegszustand verhängt worden. Diese Massnahme wird sich wahrscheinlich bald auf ganz Spanien ausdehnen. In Madrid selber herrscht infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Polizei verhältnismässig Ruhe. Vorbeugend hat die Polizei etwa 1 000 Verhaftungen vorgenommen, und sie treibt jede Menschenansammlung in den Strassen sofort auseinander. Der Verkehr in der Hauptstadt steht vollkommen still, ausgenommen einige wenige Autobusse, mit denen allerdings nur wenige Leute trotz Begleitung durch Polizei aus Furcht vor Angriffen durch Streikende fahren. Sämtliche Geschäfte in der Stadt sind geschlossen, ausgenommen Milchgeschäfte.

Nach den letzten Nachrichten aus Asturien ist die Lage dort noch ernster geworden. Die Aufständischen richten ihre Hauptangriffe auf die Bürgerwachen. Sie belagern die Kasernen der Bürgerwachen, um die Regierung der zuverlässigsten Stütze zu berauben.

Aus Oviedo, der blühenden Hauptstadt Asturiens, wird gemeldet, dass in den Strassenkämpfen bereits 7 Personen getötet und 50 verwundet worden sind.

In Lancara in der Provinz Lugo sind die Kasernen der Bürgerwachen von den Aufständischen nach verzweifeltem Kampf gestürmt worden.

Der spanische Innenminister wendet sich über das Radio am Freitag nachmittag mit einem Aufruf an die ganze Nation und erklärt, dass die Regierung fest entschlossen ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Innenminister bezeichnete den Generalstreik als

ungesetzlich, und die Regierung werde sich durch die skrupellose Agitation der Marxisten nicht einschüchtern lassen. Das neue Kabinett verhandelt seit 10 Uhr morgens in ununterbrochener Sitzung über die Massnahmen, die angesichts der ernsten Lage angewandt werden sollen. Ersterminister Leroux erklärte, dass Blutvergiessen nach Möglichkeit vermieden werden soll und er gab Instruktionen an die Polizei aus, sich selbst nicht zu provozierenden Handlungen hinreissen zu lassen.

Reuter meldet:

Dritte Republik in Barcelona

Madrid, den 5. Oktober (Reuter). Nach noch unbestätigten Berichten heisst es, dass die Ausrufung der Dritten Spanischen Republik in Barcelona, mit dem früheren Ersterminister Azana an der Spitze, unmittelbar bevorsteht. Der Sitz der neuen Regierung soll vorläufig in Barcelona sein.

Das „Revolutions-Komitee“ der Streiker hat eine Erklärung veröffentlicht, in der behauptet wird, dass alle Kasernen der Bürgerwehr in Asturien von den Aufständischen eingenommen seien, und dass der ganze Eisenbahnverkehr in Nord-Asturien zum Stillstand gebracht sei. Es heisst weiter, dass die Polizeitruppen, welche die Unruhen in der Provinz unterdrücken sollten, zu einem Rückzug auf die Hauptstadt gezwungen seien.

Verhängung des Kriegszustandes in Asturien

Madrid, den 5. Oktober (Reuter). In der Provinz Asturien, wo, wie man hört, Unruhen vorgekommen sind, ist der Kriegszustand erklärt worden.

Ogleich durch den Streik die Arbeit und der Verkehr zum Stocken gebracht sind, hoffen die Minister, dass keine allgemeine Verhängung des Belagerungszustandes nötig sein wird, da bis jetzt keine Ruhestörungen vorgekommen sind.

Nur vereinzelt elektrische Strassenbahnwagen sind auf der Strasse zu sehen, welche unter starker Bewachung verkehren.

5 Tote und 12 Schwerverletzte

Madrid, den 5. Oktober (Reuter). Den letzten Nachrichten nach, soll in Spanien ein Generalstreik der Eisenbahnen erklärt worden sein.

Die Lage in Oviedo ist sehr ernst, da die Bergwerksarbeiter, welche mit Gewehren bewaffnet sind und rote Armbinden tragen, öfters mit der Polizei Zusammenstösse haben. Fünf Tote sind schon in das Hospital eingeliefert worden, und von jeder Seite sind je 6 Schwerverletzte gemeldet.

Es heisst, dass die Kasernen der Bürgerwehr in Lugones, Hoyoniego und anderen Städten überfallen worden sind.

Valenzia ist in grosser Not, da die Wasser-, Gas- und Elektrizitäts-Versorgung eingestellt ist. Auch der Verkehr ist stark eingeschränkt.

Es heisst in Madrid, dass in den Baskischen Provinzen die Lage am Schlimmsten sei. Auf den Strassen Barcelonas patrouillieren Polizei- und Militär-Wachen mit aufgeplantem Bajonett.

Ueber 3 000 Gewehre und Revolver sind von der Regierung in den verschiedenen Waffenhandlungen beschlagnahmt worden, da die Befürchtung vorlag, dass sie von den Aufständischen weggenommen werden könnten.

Bis jetzt sind 300 Verhaftungen vorgenommen worden.

Ständig fortschreitende politische Konsolidierung

Von Diplomvolkswirt H. Rocholl, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik

für die Deutsch-Chinesischen Nachrichten
Berlin, den 5. September 1934

In dem politischen Sommer 1934 überstürzten sich die Ereignisse in Deutschland förmlich. Die schwerste seelische Erschütterung haben alle deutschen Patrioten und Nationalsozialisten am 30. Juni 1934 und in den darauffolgenden Tagen erlebt, als die schwere Krise, die die Aufstandsvorbereitungen der verräterischen SA-Führung unter Stabschef Röhm seit dem Frühjahr 1934 angezettelt hatten, endlich vom Führer gelöst und wieder eine reine politische Atmosphäre hergestellt wurde. Jeder, der an der Unterdrückung der Röhm-Revolution beteiligt gewesen ist, weiss, wie ungeheuer verzweigt die Verschwörung war und welche völlig unhomogenen Elemente sich damals zur „2. Revolution“ gegen die Regierung Hitler verbündet hatten.

Kaum war diese Sturmflut der politischen Leidenschaft, die das Verhältnis zwischen der alten siegesgewohnten SA und der SS und Polizei bis aufs äusserste belastete, wieder abgeebbt, als der von Eingeweihten lange voraus geahnte, aber dem Deutschen Volke doch als eine grosse Ueberraschung kommende plötzliche Tod des greisen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, den jungen nationalsozialistischen Staat politisch erneut auf die Probe stellte.

Die Erfahrungen, die die amerikanische Verfassung mit der Institution des „Präsidenten“ gemacht hat, sind ausserordentlich gut; in Amerika ist der Präsident gleichzeitig Reichspräsident und Reichskanzler, d.h. er vereinigt in sich das Amt des Oberhauptes des Staates und die höchste Regierungsgewalt. Er leitet mit diktatorischen Vollmachten das von ihm völlig abhängige Kabinett.

Die seitens der Reichsregierung getroffene Massnahme der Vereinigung der beiden Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers stellen staatsrechtlich gesehen eine Lösung dar, die sehr stark an das Beispiel der amerikanischen Verfassung erinnert, und man darf mit Rücksicht auf die grosse Stabilität der politischen Verhältnisse in USA mit Sicherheit erwarten, dass das durch die letzte Verordnung der Reichsregierung geschaffene rein autoritäre Präsidial-Kabinett ein grosses Mass von Festigkeit auch im politischen Leben der deutschen Nation bedeuten wird.

Diejenigen Deutschen, die die Ehre hatten, den toten Marschall auf seinem letzten Wege nach dem Mausoleum im Tannenberg-Nationaldenkmal zu begleiten, sind tief erschüttert wieder an ihre Arbeit und in den Alltag zurückgekehrt; denn in diesen beiden Tagen hat sich der unsterbliche Mythos des deutschen Volkes sinnbildhaft verkörpert in dem unauf löslichen Bund zwischen dem heimgegangenen Reichspräsidenten und dem jungen Kanzler des Reiches Adolf Hitler.

Auch für die ständig wachsenden Kreise in Deutschland, die an der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Fernen Osten interessiert sind, war der Sommer 1934 überreich an Ereignissen. Noch in keinem Jahre sind so viele ostasiatische Besucher nach Deutschland gekommen wie im zweiten Jahre der nationalsozialistischen Regierung; denn in diesem nun zu Ende gehenden Sommer konnten unsere Gäste aus dem fernen Osten bereits die ersten Erfolge der nationalsozialistischen Aufbauarbeit studieren. Den Reigen der ostasiatischen Besucher eröffnete der japanische Prinz und die Prinzessin Kaya, die nahezu einen Monat in Deutschland weilten, und die den grossen Vorzug hatten, den heimgegangenen Reichspräsidenten Mitte Juli noch einmal frisch und munter zu sehen.

Ende Juni hatte Deutschland einen regierenden Monarchen, den König und die Königin von Siam zum Besuch, die sich etwa zwei Wochen hier aufhielten und vom Führer und Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen wurden.

Für die Leser der „Deutsch-Chinesischen Nachrichten“ sind besonders die vielen chinesischen Besucher in Deutschland von Interesse. Neben einer grossen Anzahl von chinesischen Professoren, die ihre Studienjahre oder wenigstens einzelne Monate

Litauen in der Rolle des Anklägers

Kowno, den 5. Oktober (Transocean K.). Nicht weniger als 126 Angeklagte werden vor dem Gericht in einer Massenverhandlung gegen Mitglieder der verbotenen deutschen Parteien im Memelgebiet erscheinen müssen. Die Parteiführer sind Neumann und Baron Sass.

86 von den Angeklagten, denen fortgesetzte tätige Mitarbeit zur Last gelegt wird, werden in Haft gehalten, während die übrigen 40 unter

polizeilicher Aufsicht stehen. Weitere 15 Personen sind angeklagt, können aber nicht abgeurteilt werden, weil ihr Aufenthalt unbekannt ist. Die Anklage, welche meistens gross-aufgeblasene Beschuldigungen enthält, besteht aus 550 Seiten, während das Anklagematerial 33 Bände ausfüllt. Der für die Gerichtsverhandlung angesetzte Tag ist noch unbekannt, weil er erst eine Woche nach der Einhandigung der Anklageschrift — was am 5. Oktober geschehen ist — festgesetzt werden darf.